

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Stadtratskandidat: Walter Wobmann, Zürich, Schweizer Demokraten

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja Nein

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen ?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Grundsätzlich befürworte ich spekulationsfreien Wohnungsbau.

Wenn dies geschieht, ohne das Gesamtbauvolumen auszuweiten, ja; sonst nein.

Daher müsste dies auf Kosten des herkömmlichen Wohnungsbaus geschehen.

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Da dies die Andersbewertung bestehender städtischer Wohn- und

Gewerberäume umfasst, ist es volkswirtschaftlich sowohl ein grosser Vorteil für die Bewohner(innen) als auch fürs Gewerbe, ohne dass zusätzliches Land verbaut werden muss!

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Grundsätzlich Ja. Ich bin allerdings dagegen, weiteres wertvolles Kulturland zuzupflastern, nur um unhinterfragt eine wachsende Menge von Zuwanderern zu beherbergen. Wir müssen mehr Sorge zu unseren Grünflächen tragen. Wenn jedoch Wohnungen erstellt werden, müssen sie auch bezahlbar sein!

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Im Prinzip ja. Allerdings sind in vielen Zweitwohnungen Wochenaufenthalter, die Arbeitnehmer sind, welche nicht immer die höchsten Löhne haben. Bei Nichtanrechnung könnten diese Kleinwohnungen massiv teurer werden. Darum ist diese Forderung nur bedingt richtig.

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Hier geht es um den Kauf von schon bestehenden Liegenschaften. Damit können diese zu bezahlbaren Mieten bereitgestellt werden und es wird zusätzliches Land der Spekulation entzogen.

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Wir brauchen nicht mehr, sondern bezahlbare Wohnungen! Durch intensive Zuwanderung in Folge der Personenfreizügigkeit (ein politischer Fehlentscheid!) wurde dieses zusätzliche Problem der Wohnungsknappheit geschaffen! Ein Einwanderungsstopp würde hier Abhilfe schaffen!

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Drei Fliegen auf einen Schlag: durch diese Fördergelder wird einerseits die Umwelt geschont, andererseits die Miete nicht allzu stark erhöht und der Schutz der Mieter vor Umbau-Kündigungen verbessert.

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die Mehrheit des Schweizervolkes sind Mieter(innen)! Diese brauchen einen angemessenen Schutz vor willkürlichen Kündigungen.

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

Bemerkungen:

Erhalt und sanfte Renovationen statt Abbruch von günstigen Wohnungen. Für mich ist der Boden ein wertvolles, unvermehrbares Gut, das nicht der Spekulation preisgegeben werden darf. Spekulation ist sowohl volkswirtschaftlich, sozial, als auch ökologisch schädlich. Deshalb muss sie unterbunden werden, indem der Boden so weit wie möglich ins Allgemeingut (Gemeinden) überführt wird, und dann für immer unverkäuflich nur noch im Bau- oder Nutzrecht an Private oder Genossenschaften abgegeben werden darf. Wenn Private Land verkaufen, soll die Stadt ein Vorkaufsrecht erhalten. Auf diese Weise verschwindet mit der Zeit das Spekulationsland.-

Selbstverständlich muss auch auf der Nachfrageseite etwas gegen die Knappheit getan werden: Zuwanderung stoppen! Einbürgerungen erschweren. Förderung der Heimwanderung von Ausländern und bei städtischer Wohnungsvergabe sollen Einheimische den Vorrang haben!